

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Kleinert (Marburg), Dr. Mechtersheimer, Frau Schilling
und der Fraktion DIE GRÜNEN**

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 14

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung
– Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3214, 11/3231 –**

Die Chance für Abrüstung ist größer denn je. Der Vertrag zur Beseitigung der Mittelstreckenwaffen beweist dies. Wer neue Atomwaffen stationieren will, gefährdet das Erreichte und sabotiert die laufenden Abrüstungsverhandlungen. Neue Rüstungsschritte drehen weiter an der Aufrüstungsspirale.

Die Bundesregierung täuscht die auf Abrüstung drängende Öffentlichkeit über die Pläne für die atomare Aufrüstung. Erst nach den nächsten Bundestagswahlen sollen die Karten auf den Tisch:

Hinter dem Schlagwort „Modernisierung“ verbirgt sich der Aufbau einer völlig neuen Atomwaffengeneration: Neue atomare Kurzstreckenraketen (Nachfolgesysteme für „Lance“) und Cruise Missiles auf Flugzeugen (sog. Abstandswaffen) sollen als Ersatz für jene Atomraketen stationiert werden, die nach dem INF-Vertrag zu verschrotten sind. So wird die Chance für weitere Abrüstung verspielt und das Ergebnis des INF-Vertrages zunichte gemacht!

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

- die Stationierung neuer Atomraketen abzulehnen und keine neuen Atomsprengköpfe auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland mehr zuzulassen;
- sich für eine dritte „Null-Lösung“ für alle atomaren Kurzstreckenwaffen einzusetzen;
- sich einem atomwaffenfreien Korridor – wie auch einer chemiewaffenfreien Zone – in Mitteleuropa nicht länger zu widersetzen;
- darüber hinaus für eine Halbierung der konventionellen Waffen, der Land- und Luftstreitkräfte einzutreten und mit eigenen Abrüstungsschritten zu beginnen.

Das Ziel ist, die Atomwaffen in jenen Ländern, die nicht über sie verfügen, vollständig abzubauen: Dies wird ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer weltweiten Ächtung der Massenvernichtungswaffen sein. Die Bundesrepublik Deutschland kann und muß dazu einen Beitrag leisten.

Bonn, den 17. November 1988

Kleinert (Marburg)

Dr. Mechttersheimer

Frau Schilling

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion